

# Deutsche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 564.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1908.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 2. Dezember 1908.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.  
Telephon Amt VII Nr. 11494.  
Druck und Verlag von Otto Zolte in Halle a. S.

Verlag: Druckerei des Verlags, Halle a. S., Postfach 1000. Druck: Druckerei des Verlags, Halle a. S., Postfach 1000. Preis: 1 Mark 50 Pf. pro Quartal. Einzelhefte 5 Pf. pro Stück. Abonnementpreis für die Provinz Sachsen 3 Mark 50 Pf. pro Quartal. Auslandsendung 4 Mark 50 Pf. pro Quartal. Postamt Halle a. S. Nr. 1000. Postfach 1000. Postamt Halle a. S. Nr. 1000. Postfach 1000.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 2. Dezember.

#### Monie.

Die freisinnige Vereinigung hat von allen Parteien bei den diesjährigen Wahlen am schärfsten abgelehnt. In den Reichstag ist sie nur auf den Krücken anderer Parteien hineingeklimmt und bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus hat sie nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Wählern, und die nur mit Mühe und Not aus eigener Kraft behaupten können. Kein Wunder, wenn heute eine ganze Reihe von politischen Parteien bereit sind, von denen sie die Stellung des Bodenträgers erhalten. So ist neuerdings die Frage erörtert worden, ob die freisinnige Vereinigung nicht besser täte, sich aufzulösen und ihre Partei der national-liberalen Partei anzuschließen. Der Vorschlag wurde zunächst in einer Parteiverammlung gemacht, dann von einem Mitglied der freisinnigen Vereinigung im „Hannoverschen Courrier“ beantwortet und schließlich von der linksnational-liberalen „Nationalzeitung“ unterfüttert. Dieses Berliner Blatt, dessen Haltung der Mehrheit der national-liberalen Partei oft ein geheimes, zuweilen auch ein offen bekundetes Genosse ist, vertritt zwar die Schwierigkeiten nicht, die sich der Fusion aus dem kurz ausgedrückten Selbstbewusstsein der neuen sozialistischen Führer der freisinnigen Vereinigung ergeben, einen Selbstbewusstsein, das mit der ersehnten Erfolglosigkeit ihrer Gruppe bei den Wahlen in hartem Widerspruch steht, aber der Wunsch, den jetzt auch in der parlamentarischen Vertretung geschwundenen linken Flügel der national-liberalen Partei wieder zu häufen, begeißelt sie doch zu folgenden Ausführungen:

„Überall heißt es, daß die (national-liberalen) Parteien von Schenck und Hinnober getrieben hat. Es wäre immer in der national-liberalen Partei der ausfallgebende gewesen, wenn dieser die Schritte ersehen geschieden wären, die sich einst durch die Session kennlich — lahmgelegt. Diese ist ja später von den meisten älteren Führern beider Gruppen förmlich bestritten worden. Sie war der große Zeitpunkt für die Vereinigung der Parteien. Und wenn es, wie jener Liberale (im „Hann. Cour.“) richtig gefaßt, diesen Zeitpunkt zu vermissen, wenn die einst im Groß-Gebietenen den Weg wieder zurückfinden: es wäre die schönste Gabe, die den Mann durch den Demutigen und Heinrich Wieders nachgeben werden konnte.“

Der Mitarbeiter des „Hann. Cour.“ ist offenbar von der Ansicht ausgegangen, daß heute in der national-liberalen Partei alles Aufnahme findet, was sich einermöglichen einen liberalen Deutlichkeit zu geben weiß. Wenn es möglich ist, was neuerdings gemeißelt wurde, daß der national-liberalen Abgeordnete für Hensberg, Professor Metzger, bei einem Fest zu Ehren seiner Wiederwahl die Anrede gab, dem in Kiel gemachten freisinnigen Kandidaten zu seinem Siege über seinen national-liberalen Mitbewerber Glück zu wünschen, dann sind ja schließlich auch noch ganz andere Dinge möglich.

Der Vorschlag auf Überleitung der freisinnigen Vereinigung in die national-liberalen Partei ist aber andererseits auch auf lebhaften Widerspruch gestoßen. Die „Vost. Ztg.“ erinnert daran, daß ein Manninger bei der Trennung von der national-liberalen Partei schrieb:

„Als eine Wohltat muß anerkannt werden, daß eine Verbindung sich im letzten das gegenseitige und die Ueberzeugung umringeltes betonen gegangen waren, daß eine Form zerbüch, die ihre Wichtigkeit mehr in sich trug.“

Dann fährt das freisinnige Blatt fort:

„Heute sollen die Mitglieder der freisinnigen Vereinigung wenig in die national-liberalen Partei zurückkehren? Ein Satz noch den leidenschaftlichen Kampfen um den Ausweg? Nicht die Entscheidung dieser Frage zeigt nur, daß die freisinnige Vereinigung durch die Verbindung mit den National-Liberalen den Keim der Selbstzerstörung in sich aufgenommen hat. Die Herren Mannmann und v. Gatzka gehören nicht zur Gesellschaft des Herrn Schenck. Was sie erkennen wollten, das der demagogische Antisemitismus manifies wurde, wurden sie national-liberal, als sie einsehen mußten, daß der national-liberalen Gebirge keine „partei-bildende Kraft“ hat, sondern sie Anhalt an die freisinnige Vereinigung; wenn sie wahrnehmen, daß auch die Gruppe, in der sie „überwintern“, kein bleibt und daß ihnen oben die Mehrheit nicht folgt, werden sie weiter überleben, wie noch möglich.“

„Auch das Organ des früheren Abgeordneten Dr. Barth, die „liberale Korrespondenz“, gibt ihrem Unmut darüber Ausdruck, daß sich die freisinnige Vereinigung den National-liberalen anschließen soll. Es spricht mit dem oben gekennzeichneten Selbstbewusstsein von dem „ohnmächtigen linken Flügel der National-liberalen“, sich durch denselben politisch neutralisieren zu lassen, diese Zustimmung ist einigermaßen naiv. Weniger als je behalte innerhalb der freisinnigen Vereinigung die Meinung, Wasser in den Wein seines Liberalismus hineingegossen zu lassen.“

So sieht zur Zeit in der freisinnigen Vereinigung. Die einen möchten es mit den National-liberalen, die anderen mit den Sozialdemokraten halten. Der Wirtswort wird größer mit jedem Tag; man weiß nicht, was noch werden mag.

#### Meinungslage des Beamtenstums.

In linksliberalen Blättern wird darüber geäußert, daß der Postenbesitzer in Kiel dem Magistrat Mitteilung davon gemacht habe, daß drei hiesige Beamte bei den Urwahlen sozialdemokratischen Wahlmännern ihre Stimme gegeben hätten. Diese Tat verurteilt man mit dem gebräuchlichen „Denunziation“ zu brandmarken, und die Handlungsweise des Beamten als ganz besonders verwerflich zu kennzeichnen.

Es ist, so schreibt hierzu die „Post“, unglücklich, wenn

ein Unfug mit dem Vorwurfe der „Denunziation“ im Lager des Radikalismus aller Schattierungen getrieben wird. In Wirklichkeit kann doch jemand nur etwas denunzieren, was ohne seine Mitwirkung absolut unbekannt bleiben würde, aber nicht eine öffentlich bekannte Tatsache, über die man sich an zahlreichen Beamten unterhält. Der Umstand, daß drei hiesige Beamte in Kiel öffentlich für die ausgesprochenen Feinde des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft einzutreten wagten, ist eine so herausfordernde Demonstration gegen ihre vorgelegte Behörde, daß mit Recht auch eine ganze Anzahl von Bürgern Aufschuß daran genommen hat. Und wenn der Postenbesitzer dem Magistrat noch besonders darauf hinwies, so hat er nur seine Pflicht als gewissenhafter Beamter getan. Sozialdemokratische Gesinnung können unter keinen Umständen im staatlichen oder kommunalen Dienste gebildet werden, weil die Grundzüge, zu welchen die Sozialdemokratie ihre Anhänger erzieht, im vollsten Widerspruch mit jeder Art von Pflichttreue stehen. Der Zweck heißt bei den Umstürzern die Mittel. Struppellos wird erhabungsgemäß nach diesem Grundzüge verfahren, sei es, daß es sich um einen momentan unbeachtet daliegenden Privatbürger handelt, oder daß ein geheimes Amtskleid ergriffen und an den „Vorwärts“ geliefert werden kann. Unter solchen Umständen ist überall das bewusste Verstoß am Ziele, wo man mit Sozialdemokraten in Verbindung kommt. Selbst im Reichstage hat sich das in der traurigen Weise gezeigt. Sind nun in einem beherrschenden Bureau ausgesprochene Sozialdemokraten vorhanden, so wird die Arbeit für die übrigen Beamten ungemein erschwert. Sie müssen fortgesetzt auf der Hut vor den von ganz anderen moralischen Anschauungen erfüllten „Genossen“ sein. Die Vorgefekte, welche sich etwa vergeblich um die Ausmerzung sozialdemokratischer Untergebenen bemühen, können nicht mehr die volle Verantwortung für den ungeschickten Gang der Geschäfte ihres Vorgesetzten tragen. Unter solchen Umständen ist es eine ganz selbstverständliche Pflicht jedes gewissenhaften Beamten, darauf zu sehen, daß die staatlichen und kommunalen Bureaus von Genossen verschont bleiben, ebenso wie auch private Bureaus sich möglichst zu hüten suchen, Elemente, die nicht unbedingt zuverlässig und vertrauenswürdig sind, zu beschäftigen oder auf Kosten zu stellen, wo sie durch Insubordination, welche sozialdemokratische Interessen fördern könnten, gefährlich zu werden vermöchten.

Geht schon aus solchen mehr praktisch-politischen Erwägungen hinreichend genug die Unmöglichkeit, Sozialdemokraten in Beamtenstellungen zu lassen, hervor, so ist es, vom höheren politischen Standpunkte aus betrachtet, direkt ein Widerspruch, einen Mann zum Mitträger der Autorität staatlicher oder kommunaler Gewalten zu machen, der einer Partei anhängt, welche am Untergange dieser Institutionen mit allen Kräften arbeitet. Niemand kann zweier Herren dienend und am weitesten zwei sich im Feuer und Wasser gegenüberstehenden. Ein Beamter, der Sozialdemokrat ist, muß entweder die Behörde betrogen, die ihn anstellte und besoldete, oder die Sozialdemokratie täuschen, denn er kann es doch nur mit einer von beiden Seiten ehrlich meinen. Mit betrügerischen zweideutigen Elementen läßt sich aber in allen amtlichen Kategorien nichts beginnen. Es ist also eine ebenso selbstverständliche wie bringende Forderung, daß sozialdemokratische Beamte, da sie eine schwere Gefahr für die moralische Integrität des ganzen Beamtenstandes darstellen, sobald wie ihre Verbindung bekannt geworden ist, rückwärts ausgemergelt werden.

#### Verhufungsmandat.

Obwohl Kauley in der „Neuen Zeit“ zugegeben, daß die Sozialdemokratie eine große Enttäufung bei den preussischen Landtagswahlen erlitten hat, fährt die sozialdemokratische Parteipresse fort, das Mißlo zu verurteilen und zu behaupten, das Experiment der Wahlstellung sei freudlich ausgefallen und berechtige zu schönen Hoffnungen für die Zukunft. Das zeigt zwar von einer merkwürdigen Selbstbegeisterung der sonst so ruhmvollen „Genossen“, ist aber in allen Stücken eine Verhufung der Tatsachen.

Vor den Landtagswahlen trat die Sozialdemokratie außerordentlich anpruchsvoll und großspurig auf. Wir wollen nicht an die früheren Anklagungen erinnern, in denen erklärt wurde, die „Genossen“ würden durch die Teilnahme an den Landtagswahlen Preußen aus der Unschlingung durch die Reaktion befreien, sondern wir bequicken uns auf die Vorgänge hinzugehen, die seit der sozialdemokratischen „Preußen-Konferenz“, die zu Berlin in der zweiten Hälfte des April stattfand, sich zugetragen haben. Auf dieser Konferenz wurde als sicher angenommen, daß die „Genossen“ eine Anzahl von Abgeordnetenmandaten auf Kosten der bürgerlichen Wahlen gewinnen würden. In Preußen sei — so erklärte damals der dortige Führer — gar kein Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokraten unbedingt die Ueberlassung eines Mandats fordern. Der „Vater“ der preussischen Wohlfahrt, Dr. Arons, erklärte mit düren Worten:

„Wenn die Sozialdemokraten, weil sie da und dort augenblicklich die größten Vorteile für sich von uns verlangen, daß wir kein Mandat beanspruchen, das seien ihre Landtagsmandate, so frage ich doch: wie? Die Landtagsmandate werden ihnen nur so lange, als wir darauf verzichten, in diesen Landtagen, die sie und wir den Wahlen der Reichstagswahlen geben, zu jagen.“

Unserer Jugendgebiete sind es, (Sehr richtig.) Sie mögen eben unmaßgebliche Leute als Wahlmänner aufstellen, es gibt genug solche unter ihnen. (Zustimmung.) Am freiesten wäre es, wenn dort, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind, sie zusammen gebracht würden, dann wäre der freisinnigen die Gelegenheit zur Mangel ohne weiteres genommen; wie würden denn aber verlangen, daß unter ihnen ein Sozialdemokrat sein muß.“

Im Laufe des Sommers bereifte Johann „Genoffe“ Arons die preussischen Provinzen, insbesondere des Westens, um als Organisator für die sozialdemokratische Wahlbeteiligung zu wirken. Er suchte namentlich ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Wahlen teils durch lockende Versprechungen, teils durch scharfe Drohungen durchzuführen. So glaubte der rührige Genoffe, den Liberalismus dadurch tödlich zu tödnen, daß er ihn auf die „vielen gemeinsamen Zielen“ hinwies, in denen bei einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für ihn erhebliche Vorteile abfallen würden. Bei genauer Durchsicht der vorerwähnten Reichstagswahlergebnisse hat Arons 54 preussische Landtagswahlkreise mit 90 Abgeordneten gefunden, in denen jetzt 47 Genossen, 24 Freisinnige, 17 National-liberale, ein Zentrumsmann und ein Welfe gewählt, in denen aber Liberalismus und Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl zusammen mehr als die Hälfte der Stimmen aufbringen. Dort also könne der Liberalismus durch die Sozialdemokratie einen namhaften Erfolg erriegen, wenn er nur ernsthaft wolle.

Arons suchte übrigens dem „Liberalismus“ noch weitere Zug zu gewinnen, indem er ergriffte, er ferne liberale Führer, die die sozialdemokratische Stellungnahme lebhaft begriffen und welche wünschten, daß ihre Gefinnungsgenossen im Lande ernst machen und zeigen möchten, ob sie auch den praktischen Mut dazu haben, den „Mund nach links“ mitzumachen. Es könne nur von Nutzen für den Liberalismus sein, wenn dadurch die Kettreiter und Anglimmer aus den liberalen Reihen ausgeremert würden.

Dießem Arons aber entwickelte sich dannals der „Organisator der sozialdemokratischen Wahlen“ den Plan, durch allerlei Schikanen den Wählern zu erschweren. So suchte er: „Je länger die Sitzungsdauer in der dritten Kammer dauert, um so ungeduldiger müssen die tonangebenden (1) Wähler sowie diejenigen der zweiten und ersten Wahlen werden und mandieren von ihnen wird durch das lange Warten die Arbeit für die Arbeit werden, daß es doch bald verläßt, alle gemeinsam zu haben. Denn dem Wähler, der nun doch einmal einen Tag (1) verläßt hat, kann es gleichgültig sein, wie lange die Sitzungsdauer dauert. Wenn er mit seinen Wählerbrüdern in der Nähe der Sitz, hält er auch ein. Namentlich aber den kleinen Geschäftsmann, dem schon ohnehin die öffentliche Sitzungsdauer unangenehm ist, wird die Verschönerung doppelt unangenehm durch die Zeitverschwendung. Und auch die Schulleute, die Post- und Behördenmänner kann man nicht für einen ganzen Nachmittag und Abend absondern, wenn sonst der öffentliche Dienst zu sehr leidet. So können wir durch zahlreiches Erscheinen und Beharrlichkeit mandes erreichen und um den Stamm dadurch, daß wir ihn den Wählern in die Augen zu zeigen, schmachtig und erfolgreich als gleich machen.“

Dieser Auslassungen und Pläne muß man sich erinnern, wenn man das Mißlo der Sozialdemokraten recht würdigen will. Es ist doch wahrlich nicht zu befehlen, daß die Sozialdemokratie in den schönsten Ausfichten über preussische Wahlfrage geschwätzt und sich als maßgebende Macht gegenüber dem Liberalismus gefühlt hat. Wie wären aber die Liberalen hineingefallen, wenn sie die Maßregeln der Barth, Mannmann und der national-liberalen „Zungen“ gefolgt wären! Sie können es dem Weisheit und dem Einfaltigen Eugen Wieders nicht genug danken, daß sie vor der Verwidelung in die sozialdemokratische Wahlen bewahrt worden sind.

Es wird der sozialdemokratischen Briefe auf keinen Fall gelingen, ihre große Enttäufung über den Wählerausfall und die damit verknüpfte starke Wutlage zu beruhigen. Der Wählerausfall muß aber der Gegenstand zwischen sozialdemokratischen Organismen und tatsächlichen Erfolgen vor Augen geführt werden. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Reichstagsfrage beruht auf Volktronnen und Drohungen der „Genossen“, auf der durch bürgerliche Liebe dienereien genährten Angst der „Bourgeois“ vor der angeblich jedem Widerstande trotzen Macht der unmaßstablos vordringenden Sozialdemokratie. Bei den preussischen Landtagswahlen hat es sich gezeigt, wo die Macht der großsprecherischen „Genossen“ ihre Grenze findet.

#### Deutsch-Südwälfra. Die ehemalige Freisinnler

H. S. De Wet tritt in einem Eingehen an die hauptstädtliche Zeitung „Das Land“ einem Briefe mit Klagen über das deutsche Schutzgebiet Deutsch-Südwälfra entgegen, der Mitte des Jahres in der genannten Zeitschrift erschienen war. De Wet führt aus: daß er als Anwohner in Großfontain bisher keinen Grund gehabt habe, sich über die deutsche Regierung zu beklagen, und nennt verschiedene Anwohner mit Namen, die es in Deutsch-Südwälfra in wenigen Jahren zu einer gewissen Wohlhabenheit gebracht hätten. Alles in allem gefalle ihm keine neue Heimat recht gut. Es sei ja richtig, daß nach manchen zu wünschen übrig ließe, aber daß sie nicht überall der Fall. Wo hin, so schreibt er, mit Großfontain Nord-Damaraal sehr zufrieden, so





